

## brennpunkt

Osteuropa kein homogener Wirtschaftsraum mehr:  
Hohes Wachstum ist Geschichte

Rund 20 Jahre nach Beginn des Transformationsprozesses ist Osteuropa kein homogener und abgegrenzter Wirtschaftsraum mehr. Zu diesem Schluss kommt Volkswirt Gunter Deuber, Osteuropaspezialist der Deutschen Bank. Während einige Länder tiefgreifende Reformen vollzogen und einen erfolgreichen Konvergenzprozess durchlaufen haben, seien andere Staaten zurückgefallen. Die Zeiten hoher Wachstumsraten sind vorbei.

Die derzeitige Finanzkrise trifft die osteuropäischen Länder nicht alle mit gleicher Wucht. Es seien vor allem jene erfasst worden, die extreme volkswirtschaftliche Ungleichgewichte aufgebaut haben, erklärt Deuber. „Ungarn, die Balten und südosteuropäische Staaten sind wegen der hohen, zweistelligen Konsum- und Kreditwachstumsraten, der niedrigen Sparquoten sowie der exzessiven Zahlungsbilanzdefizite unter die Räder gekommen“, so der Volkswirt.

Interessant sei, dass speziell die Länder erfolgreich sind, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgreiche Industrialisierungsprozesse absolviert haben - also Polen, Tschechien, die Slowakei und Slowenien. Für die anderen osteuropäischen Staaten kann der Aufholprozess dagegen sehr lange dauern. „Pessimistische Stimmen rechnen mit

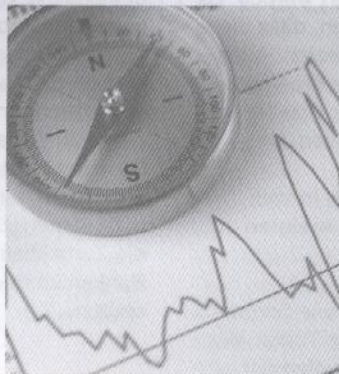
50 Jahren, bis deren wirtschaftliche Situation dem Durchschnitt der Alt-EU entspricht“, sagt Deuber. „Ein Zurück zu den extrem hohen Wachstumsraten, wie wir sie vor der Krise gesehen haben, wird es insbesondere für diese Länder nicht mehr geben.“ Durch die Wirtschaftskrise habe sich das Modell des konsumgetriebenen und kreditfinanzierten Wachstums erledigt. Deuber erwartet jedoch, dass die Länder, die bereits erfolgreich Reformen umgesetzt haben, die Konvergenz fortsetzen werden. Derzeit bereits krisengeschüttelte Länder werden dagegen

auf Grund unumgänglicher Korrekturen erst einmal kaum aufholen, wie zum Beispiel Ungarn.

Die aktuelle Krise zeige deutlich, dass strukturelle Schwächen und volkswirtschaftliche Ungleichgewichte größeren Ausmaßes auch nach dem EU-Beitritt und sogar gerade durch diesen zum Tragen kommen können. Das Risiko tiefer Währungs- und Staatsschuldenkrisen an Europas östlicher Peripherie sei aber durch substanzielle Notkredit- und

Leistungsprogramme unter Federführung von IWF und EU reduziert worden. Die EU-Mitgliedschaft eines Landes sei zwar ein wirtschaftlicher und politischer Stabilisierungsfaktor, aber kein Garant für rasche wirtschaftliche Prosperität. Die Stützungsmaßnahmen unter Federführung Westeuropas zeigen ein

substantielles Eigeninteresse an der Stabilisierung osteuropäischer Länder und an der Vermeidung von Ansteckungseffekten. Das Eigeninteresse begründet Deuber nicht zuletzt damit, dass von den 25 umsatzstärksten Firmen in Osteuropa 19 aus Westeuropa stammen, und von den zehn größten Banken haben acht im Westen ihren Hauptsitz. Westeuropa habe somit auch eine Teilverantwortung an der aktuellen Lage, erklärt Deuber. Vor allem westeuropäische Banken und Firmen hätten den Kredit- und Konsumboom angefeuert.



## editorial

Liebe Leserinnen  
und Leser,

Nach einigem Hin und Her ist es nun soweit. Seit dem 1. Januar 2009 ist die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfa) mit Invest in Germany fusioniert (siehe Artikel auf Seite 5). Die neue Einheit Germany Trade and Invest (gtai) ist anders als die bfa keine Bundesbehörde mehr, sondern eine private Gesellschaft mit einem Förderauftrag des Staates. Die 250 Beschäftigten der bfa unterstehen nun operativ dem neuen gtai-Geschäftsführer Michael Pfeiffer, der zuvor Leiter von Invest in Germany (90 Mitarbeiter) war. Dass Pfeiffer, dem gute Kontakte in die Politik nachgesagt werden, nun auch Geschäftsführer der neuen privatwirtschaftlich organisierten gtai wurde, ist eine logische Konsequenz. Hat er doch sowohl bei Invest in Germany sowie zuvor beim DIHK vielfältige Erfahrungen mit der Vertretung von Wirtschaftsinteressen durch private Institutionen gemacht. In seiner neuen Rolle als gtai-Geschäftsführer wird man ihn daran messen, ob es gelingt, die erhofften Synergien aus der Fusion der beiden Organisationen zu erzielen.

Ihre Redaktion Außenwirtschaft  
Deutscher Wirtschaftsdienst

## aus dem inhalt

- Interview:** Euler-Hermes-Vorstand  
Hans Janus über Export-  
kreditgarantien in Krisenzeiten 2
- News:** Hermes verbessert  
Deckungsmöglichkeiten, Gute  
Geschäftschancen in Rumänien 3
- Trends:** German Trade and Invest  
(gtai) ist am Start 5
- Service:** Buchtipps, Geschäfts-  
kalender, Feiertage Im Ausland 6-8